

DRESDNER REDEN 2024

25. Februar 2024

Sarah Pagung

**„Russlands Krieg und Europas
Verantwortung“**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.



**STAATSSCHAUSPIEL
DRESDEN**



**SÄCHSISCHE
ZEITUNG**

DRESDNER REDEN 2024

in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung

Sonntag, 25. Februar 2024, 11.00 Uhr > Schauspielhaus

Sarah Pagung *Politikwissenschaftlerin, Publizistin*
Russlands Krieg und Europas Verantwortung

Sonntag, 3. März 2024, 11.00 Uhr > Schauspielhaus

Katja Riemann *Schauspielerin, Autorin, UNICEF-Botschafterin*
Zeit der Zäune. Orte der Flucht

Sonntag, 10. März 2024, 11.00 Uhr > Schauspielhaus

Andrea Petković *Schriftstellerin, Moderatorin, Tennisspielerin*
Transformation

Sonntag, 17. März 2024, 11.00 Uhr > Schauspielhaus

Jean Asselborn *Politiker*
Es geht um die Zukunft Europas!

„24 Monate tobt Krieg in der Ukraine. Die Brutalität des russischen Kriegs zerstört das Land und das Leben der Ukrainer*innen. Für Russland ist der Krieg das Ergebnis einer Entwicklung aus Statusverlust, Gewalt und Autoritarismus. Der Krieg verändert die Gegenwart und Zukunft nicht nur beider Länder, sondern auch Europas. Er zwingt den Kontinent, lang geglaubte Überzeugungen zu überdenken und das Handeln neuen Realitäten anzupassen.

Welche politischen und historischen Entwicklungen haben zu diesem Krieg geführt? Wie wirkt er sich auf die Ukraine, Russland und Europa aus? Und welchen Handlungsspielraum, welche Verpflichtung hat Europa?“

Den Auftakt zur traditionsreichen Reihe der Dresdner Reden gibt in diesem Jahr die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Dr. Sarah Pagung, die in den Medien regelmäßig als Russland- und Osteuropa-Expertin Stellung zum russischen Krieg in der Ukraine nimmt. Sie studierte und promovierte an der FU Berlin und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, bevor sie 2023 ihre Tätigkeit als Programmleiterin bei der Körber-Stiftung antrat. Dr. Sarah Pagung beschäftigt sich vor allem mit russischer Außen-, Sicherheits- und Informationspolitik.

RUSSLANDS KRIEG UND EUROPAS VERANTWORTUNG

Dresdner Rede von Sarah Pagung

Meine Damen und Herren,

ich freue mich auch, Sie zu sehen und möchte Sie herzlich begrüßen. Ich freue mich insbesondere, dass Osteuropa im Allgemeinen und der Krieg gegen die Ukraine im Speziellen nach wie vor viele Menschen interessiert und an einem Sonntagmorgen hierher bringt.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute in Dresden sein zu dürfen, noch dazu im Staatsschauspiel. Die meiste Zeit meiner Arbeit verbringe ich doch in recht langweiligen, weniger schönen Büros und Meetingräumen. Außerdem ist Dresden immer eine Reise wert und hier zeigen sich die Verwicklungen Deutschlands mit Mitteleuropa und Osteuropa ganz besonders:

- Die gemeinsame Krone Sachsens und Polen-Litauens, dessen Herrschaftsgebiet sich tief bis ins heutige Belarus erstreckte, im 18. Jahrhundert
- Der Terror, die Zerstörung und der Völkermord im Osten des Kontinents, der von deutschem Boden und damit auch von hier ausging
- Dresden war Teil der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, was später auch den noch jungen KGB-Offizier Vladimir Putin hierher brachte und zudem tausende sowjetischen Soldaten aus allen Teilen des Riesenreichs

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Aber sie verdeutlicht die Ambivalenz unseres Verhältnisses zu Osteuropa. Und vielleicht kennen auch Sie persönlich das: Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere an Stunden im Russisch-Sprachkabinett, für die einen war das möglicherweise ein Vergnügen, für andere doch abschreckend.

Vielleicht sind Sie schon mal in die Sowjetunion oder einen der Nachfolgestaaten gereist und haben tolle Erinnerungen gesammelt und schauen jetzt mit umso größerem Entsetzen auf die Bilder, die uns seit zwei Jahren aus dem Krieg erreichen. An die wir uns gewöhnen mussten und auch ein Stück weit gewöhnt haben.

Ich möchte mit Ihnen in den kommenden knapp 50 Minuten den Bogen schlagen vom Krieg in der Ukraine, zu seinen Ursachen und hin zur Verantwortung, die Europa und

Deutschland tragen. Erlauben Sie mir, dabei vor allem auch einen Blick auf Russland zu werfen. Diese Perspektive ist aus meiner Sicht essentiell, um die Ursachen des Krieges zu verstehen. Und: Ich möchte mich mit Ihnen auf eine Spurensuche der Gewalt begeben, die den Kriegsalltag prägt.

Die Bilder und Berichte aus diesem Krieg wecken Erinnerungen an Jahre, von denen wir glaubten, sie hinter uns gelassen zu haben. Bloodlands – Blutlande – taufte der Osteuropa-historiker Timothy Snyder die Länder zwischen Deutschland und Russland in seinem gleichnamigen Buch. Eindringlich erklärt er, wie Ost- und Mitteleuropa durch Stalins Terror, Hitlers Holocaust und gezielten Hunger verheert wurden. Zurück blieben gezeichnete Landschaften. Die Geschichte Deutschlands und Russlands bzw. der Sowjetunion war auch immer eine Geschichte der imperialen Gewalt und der Unterdrückung.

Diese imperiale Gewalt ist zurückgekehrt. Sie zerstört die Ukraine und das Leben der Menschen dort, sie zerstört die europäische Sicherheitsordnung und sie zerstört auch die Chance auf ein friedliches, ein prosperierendes Russland. Die Auswirkungen sind grausam:

Mehr als 10 Millionen Menschen aus der Ukraine befinden sich auch heute noch auf der Flucht, davon gut 6 Millionen im Ausland. Mehr als 1 Million Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu fließendem Wasser. Nahezu täglich gibt es Angriffe auf ukrainische Städte, werden Wohnhäuser und Krankenhäuser zerstört. An der Front werden täglich ca. 12.000 Geschoss Artilleriemunition verbraucht. Dabei sind schätzungsweise 500.000 Soldaten und Soldatinnen auf beiden Seiten getötet oder schwer verwundet worden. Mehrere Zehntausend Zivilist*innen sind dem Krieg bereits zum Opfer gefallen.

Der Alltag der Menschen in den von Russland besetzten Gebieten ist geprägt von Repression, Folter und Vergewaltigung. Zurück bleibt eine traumatisierte Gesellschaft, die auch nach einem Ende des Kriegs schwer an ihm zu tragen haben wird. Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Vergewaltigungen sind – leider – ein viel genutztes Instrument in Kriegen: Sie sollen das Gegenüber erniedrigen, den absoluten Sieg und die absolute Macht verdeutlichen. Vergewaltigt werden nicht nur Frauen, sondern auch Männer und Kinder. Der Terror solcher Taten ist nicht auf dessen konkrete Dauer beschränkt: Was macht diese Tat langfristig mit den Opfern, mit ihren persönlichen Beziehungen? Mit Ehen und Familien? Mit den Menschen, die ihre Angehörigen und Freund*innen nicht schützen konnten? Wie geht eine Gesellschaft mit den Opfern um? Mit Frauen, die schwanger werden und sich für oder gegen das Kind entscheiden? Mit diesen Kindern? Finden Menschen eine Sprache, über dieses Leid zu sprechen?

Gewaltexzesse sind Teil von Kriegen. Das bedeutet jedoch nicht, dass Kriege rechtsfreie Räume wären. Das Kriegsvölkerrecht setzt der angewendeten Gewalt klare Grenzen. Ob diese weitgehend eingehalten oder aber bewusst überschritten werden, hängt ganz maßgeblich von den Konfliktparteien und ihrer Bereitschaft ab, auch in den eigenen Reihen hinzusehen und Konsequenzen zu ziehen. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen Russland und der Ukraine. Die gezielte Gewalt hat System in Russlands Krieg gegen die Ukraine. Es wird weggesehen, manchmal wird Gewalt belohnt. Die 64. motorisierte Infanteriebrigade der russischen Armee ist verantwortlich für die Kriegsverbrechen in den Kyiver Vororten, deren Namen zum Synonym für Gewalt geworden sind: Butscha, Irpin. Diese Brigade wurde mit dem Ehrentitel „Garde“ ausgezeichnet. Putin begründete dies wie folgt:

„Das geschickte und entschlossene Vorgehen des ganzen Personals während der militärischen Spezialoperation in der Ukraine ist ein Vorbild für die Ausführung der militärischen Pflichten, für Mut, Entschlossenheit und große Professionalität“.

Gewalt wird so nicht begrenzt, sie wird zum Prinzip erhoben.

Russland führt nicht nur Krieg gegen die Menschen in der Ukraine, sondern auch gegen alles Ukrainische an sich. Die besetzten Gebiete werden russifiziert: Es werden Straßenschilder ausgetauscht, den Menschen werden russische Pässe aufgezwungen und russische Lehrpläne an den Schulen eingeführt. Menschen, die sich diesem widersetzen, werden festgenommen, oder sie verschwinden einfach. Viele fliehen vor dem Krieg und in Richtung der von Kyiv kontrollierten Gebiete, manche in Richtung Russland. Nicht alle schaffen es. Was zurückbleibt, ist eine Gesellschaft, zerstört und verbittert vom Krieg mit wenig Aussichten auf Zukunft. Ein russischer Journalist beschrieb die Stimmung der verbleibenden Menschen in Mariupol so:

„Es gibt einige Menschen, die sich wieder der Ukraine anschließen wollen – aber nur sehr wenige. Aber selbst diejenigen, die für die Ukraine sind, haben Angst, dass sie wieder ‚befreit‘ werden mit großen Kämpfen, und das wird schrecklich sein. Viele sind wütend auf die Ukraine, weil sie die Stadt nicht den Russen überlassen haben, was Tausende von Menschenleben gekostet hat. Und selbst die, die pro-russisch sind, sind wütend auf Russland: Wir wollten, dass die Russen kommen, aber nicht so, dass sie unsere Stadt zerstören.“

Dabei ist diese Situation nicht neu, sie besteht nicht erst seit Februar 2022. Der Krieg tobt bereits seit 2014. Er war für den Rest Europas nur leichter zu ignorieren: weniger brutale Bilder, weniger Geflüchtete und vor allem keine militärischen Drohungen gegen uns. Die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass waren nur ein weiterer Krieg an der Peripherie des Kontinents, wie zuvor in Tschetschenien, Jugoslawien und Georgien. Die sogenannten Volksrepubliken im Donbass, Lugansk und Donezk, sind die Blaupausen

für die Realität in den seit 2022 besetzten Gebieten. Sie sind geprägt von willkürlicher Gewalt, Repression, dem Fehlen wirtschaftlicher Perspektiven und dem Macht- und Geldstreben einzelner, die ihre Chance in einem Raum begrenzter Staatlichkeit und mangelnder Regeln wittern.

Der Krieg strahlt auch nach Russland zurück und prägt das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Das Regime in Moskau richtet das Land auf diesen Krieg aus. Rund 40 % des Staatshaushalts 2024 werden für die nationale Sicherheit und das Militär ausgegeben. Investitionen in die Rüstungsindustrie werden gestärkt und der Goldesel der russischen Wirtschaft, Gazprom, dafür gemolken. Die staatlichen Reserven geplündert. War die wirtschaftliche Prosperität des Landes vor 2022 maßgeblich vom Gas- und Ölgeschäft abhängig, ist sie es nun in zunehmendem Maße vom Krieg.

Der Staat und die Menschen üben sich derweil in Normalität: Die Restaurants sind gut gefüllt. In den Metropolen wird der Krieg nur als Hintergrundrauschen wahrgenommen, westliche Produkte werden über Drittländer importiert oder durch russische Marken ersetzt. Über den alten Filialen von McDonalds prangt jetzt das Logo von Vkusno i Tochka, was so viel heißt wie Lecker und Punkt. Logo und Speisekarten sind nahezu identisch. Geschmacklich – habe ich mir berichten lassen – trifft das auch zu.

Doch darunter verbirgt sich eine bleierne Gesellschaft. Gespräche in der Öffentlichkeit oder mit Bekannten und Fremden werden nur noch über Triviales geführt, Politik und gar die Ukraine besser nicht angesprochen. Stattdessen sind die Gespräche am Küchentisch aus Sowjetzeiten zurück. Zu gefährlich ist ein offenes Gespräch angesichts der massiven Repressionen gegen Proteste und Meinungsäußerungen in den Medien. Owen Mathews, langjähriger Korrespondent in Russland schildert diese Maßnahmen:

„Diejenigen, die zum ersten Mal wegen ‚Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung‘ verhaftet wurden, erhielten eine Geldstrafe von 20.000 Rubel (2000 €) und einen Eintrag ins Strafregister. Die Strafe wurde an Ort und Stelle verhängt, nachdem ein Geständnis unterzeichnet worden war. Verdächtige, die sich weigerten zu unterschreiben, wurden wochenlang in Untersuchungshaft genommen und mussten auf eine Gerichtsverhandlung warten – mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent, dass sie trotzdem verurteilt wurden. Bei der zweiten Verhaftung betrug die Strafe 15 Tage Gefängnis – es sei denn, die Polizei beschloss, die Verdächtigen wegen der Organisation eines Protests anzuklagen, wofür ihnen drei Monate drohten.“

Im November wurde eine Künstlerin in St. Petersburg zu sieben Jahren Straflager verurteilt, weil sie in einem Supermarkt Preisschilder austauschte. Neben Strichcodes und Produktnamen standen nun kritische Botschaften wie „Putin lügt uns seit zwanzig Jahren von den Fernsehbildschirmen aus an“. Protest hat einen hohen Preis in Russland.

Die Passivität gegenüber und Akzeptanz des Krieges allein auf die Repressionen zurückzuführen, wäre jedoch zu einfach. Auch für Russland und die Menschen dort stellt sich die Frage der Schuld, nicht der kollektiven, aber der individuellen. Es gibt nach wie vor Umfragen und Meinungsbilder in Russland. Diese müssen wir mit Vorsicht betrachten, wie in allen autoritären Systemen, und doch geben sie uns einen Hinweis auf das, was vorgeht in diesem Land. Wir müssen davon ausgehen, dass ca. 20 % der Menschen diesen Krieg ablehnen, 20 % ihn befürworten und 60 % ihn versuchen zu ignorieren.

Diejenigen, die den Krieg ablehnen, hält meist die Sorge um ihre physische und soziale Sicherheit von Protest und Widerstand ab. Diejenigen, die versuchen, den Krieg zu ignorieren, sind das Resultat einer vereinzelt, einer atomisierten Gesellschaft, die Jahrzehnte sowjetischer und russischer Autoritarismus hinterlassen haben. Sie sind der Überzeugung, nichts verändern zu können und suchen ihr Heil fernab der Politik. Wenn Europäer vorbringen, dass es ein besseres Russland geben könne, argumentieren sie dagegen: Es könnte euch deutlich schlimmer sein.

Die Journalistin Mascha Gessen fand dafür ein treffendes Bild:

„Die Menschen in Russland sind wie Passagiere in einem modernen Verkehrsflugzeug, das gleichzeitig die Städte unter sich bombardiert.“

Und diejenigen, die ihn befürworten, sehen darin eine Verwirklichung russischer imperialer Größe. Sie glauben, dass Russland sich das nimmt, was ihm historisch zusteht. Sie teilen Putins einseitige und verdrehte Version russischer Geschichte, in der das russische Imperium das Recht auf eine selbstbestimmte Existenz hat, die von ihm beherrschten Länder jedoch nicht.

Und viele von ihnen treibt auch ganz Profanes um.

Politiker*innen wie der ehemalige Präsident Medvedev und Publizist*innen wie der TV-Moderator Solowjow übertrumpfen sich gegenseitig mit Forderungen nach einem Nuklearschlag auf europäische Hauptstädte und der Auslöschung der Ukraine. Sie versuchen, ihre eigene Karriere voranzutreiben oder – wie im Fall Medvedevs – zumindest der Bedeutungslosigkeit zu entgehen. Russland radikalisiert sich.

Einfache Soldaten versuchen, mit einem Kriegseinsatz ihre Familien zu finanzieren. Rund 2.000 € pro Monat bekommt ein Soldat für seinen Einsatz im Krieg. Hinzu kommen großzügige Sonderzahlungen, auch an die Familien, sollte der Soldat verwundet werden oder fallen. Der russische Durchschnittslohn liegt bei rund 625 €. In vielen der ärmeren Regionen, aus denen die Soldaten vor allem rekrutiert werden, liegt er deutlich unter 400 €. Zynisch könnte man sagen: Ein Soldat, der nach zwei Jahren an der Front stirbt,

hat für seine Familie mehr Geld verdient, als hätte er die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer von 64 Jahren erreicht und wäre nicht in den Krieg gegangen.

In der Ukraine vollzieht sich derzeit eine paradoxe Entwicklung. Während die territorialen Grenzen des Landes im Krieg verschwimmen, treten die Konturen der ukrainischen Nation deutlich hervor. Die russische und die ukrainische Identität haben sich in den vergangenen Jahrhunderten in enger Wechselwirkung entwickelt. Die russländische oder russische Nation ist dabei keine klassische nationalstaatlich strukturierte Identität wie bspw. die deutsche oder französische. Sie fußt auf der imperialen Idee der Einigkeit der Groß-, Klein- und Weißruss*innen, also der Menschen russischer, belarussischer und ukrainischer Herkunft. Die Idee des russischen Staats und der nationalen russischen Identität ist somit nicht ohne die anderen denkbar. Die ukrainische Identität hat sich dagegen ebenso wie die belarussische in Abgrenzung zur russischen Identität geformt. Oder wie Andreas Kappeler es formuliert:

„Die russische Nation bezieht sich auf das Imperium, die ukrainische auf das Volk, die eigene ethnische Gruppe.“

Der Konflikt ist hier bereits angelegt.

Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion waren seit deren Zerfall mit einer doppelten Aufgabe konfrontiert: Die Staatsbildung und die Nationenbildung. Die einzige Ausnahme bildeten die drei baltischen Staaten. Ähnlich wie die mittelosteuropäischen Länder des Ostblocks war die Nationalbildung in diesen Staaten abgeschlossen. Es gab eine gesellschaftlich und politische akzeptierte Definition davon, was diesen Staat ausmacht: Wer gehört dazu? Wo verlaufen die Grenzen? Wie blickt man auf die eigene Geschichte und welchen außen- und innenpolitischen Weg möchte man in Zukunft beschreiten. Nehmen Sie als Beispiel Polen: Grenzen, Sprache, Identität, auch das Ziel eines demokratischen Staats in einem vereinigten Europa war bereits früh in den 90ern gesellschaftlicher Konsens.

Dies trifft nicht in gleichem Maße auf die Ukraine, Russland oder auch die Republik Moldau zu. Sie mussten nicht nur den eigenen Staat während eines massiven Wirtschaftseinbruchs aufbauen, sie mussten gleichzeitig die Fragen nach der eigenen Identität und Zukunft beantworten. Die Ukraine erlebte dabei herbe Rückschläge und erstaunliche Erfolge: Korruption ist eine ständige Geißel des Landes, ebenso wie eine von Oligarchen geprägte Politik und Wirtschaft. Zu oft hat beides politische Reformen und gesellschaftlichen Aufbruch verhindert.

Und doch setzt sich die Entwicklung des Landes ab von der Russlands: Es entwickelte sich eine plurale Medien- und Parteienlandschaft, und Wahlen führten zu tatsächlichen und offenen Machtwechseln – ein Umstand, den wir in 30 Jahren Russland nie erleben durften. Die größte Stärke der Ukraine bleibt jedoch die aktive Zivilgesellschaft. Im Gegensatz zu den gescheiterten Protestwellen in Russland gelang es der Zivilgesellschaft als politisches Korrektiv zu wirken, sowohl bei der Orangen Revolution 2004 als auch auf dem Maidan 2013/2014.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verstärkt all diese Entwicklungen wie unter einem Brennglas. Die Nationalbildung und die Stärkung der ukrainischen Identität erlebt durch den russischen Angriff einen ungeahnten Schub, er wirkt wie ein Katalysator. Hatte Putin eigentlich eine Zerstörung des Ukrainischen beabsichtigt, stützt er letztlich dessen Herausbildung. Gleichzeitig steht das Land vor der Herausforderung, politische Reformen unter militärischem und finanziellem Druck sowie dem menschlichen Leid eines Kriegs durchsetzen zu müssen. Und dabei stellen Kriege für Demokratien, insbesondere wenn sie noch nicht gefestigt sind, ohnehin enorme Herausforderungen dar, stärken sie doch häufig die Exekutive und autoritäre Tendenzen. Für die Ukraine trifft also beides zu: Sie muss in diesem Krieg Unmenschliches ertragen und steht zugleich am Scheideweg zu einer europäischen, einer demokratischen Zukunft.

Wie sind wir nun an diesen Punkt gekommen? Welche Bedingungen haben uns in diesen Krieg geführt? Ich möchte Sie dafür mitnehmen auf einen Ausflug in die Politikwissenschaft und mit Ihnen verschiedene Erklärungen erkunden. Alle von ihnen treffen zu und welche man oder frau für wichtiger hält, hängt häufig von der Perspektive ab und nicht selten auch von der Fachdisziplin oder dem Forschungsschwerpunkt. Ich hoffe, dass ich Ihnen damit im Dickicht der internationalen Politik etwas Orientierung geben kann. Außenpolitisches Handeln – und ein Angriffskrieg ist letztlich genau das – kann auf drei Ebenen erklärt werden. Der systemischen, der subsystemischen und der individuellen Ebene. Ich möchte Ihnen im folgenden erklären, was genau das in unserem Fall meint und muss gleichzeitig um Nachsicht bitten. Die Suche nach den Ursachen würde ein ganzes Semester Vorlesung füllen – meine Darstellung kann also nur ein Schlaglicht darauf werfen.

Die systemische Ebene erklärt staatliches Handeln aus dem internationalen System heraus. Sprich: Welche politischen, wirtschaftlichen und historischen Beziehungen haben Staaten zueinander? Sind sie verbündet, oder stehen sie in Konkurrenz? In welche Strukturen sind sie eingebunden, bspw. internationale Organisationen. Welche Interessen haben Staaten? Staaten werden dabei meist als eine Art Black Box betrachtet. Es wird also nicht gefragt, wie ein Staat innerlich beschaffen ist, sondern lediglich auf seine äußeren Beziehungen geschaut.

Schauen wir uns dieses Netz an äußeren Beziehungen und Bedingungen im Fall der Ukraine und Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion an. Über die vergangenen 30 Jahre hat sich in Osteuropa eine Integrationskonkurrenz herausgebildet. Wir haben es mit zwei Blöcken zu tun, die sich letztlich als inkompatibel herausgestellt haben: Auf der einen Seite Russland und seine Organisationen wie die GUS oder die Eurasische Wirtschaftsunion und auf der anderen Seite die EU und NATO. Die Inkompatibilität dieser Räume hat mehrere Gründe, ich möchte einen exemplarisch herausgreifen.

Die Integrationslogik unterscheidet sich fundamental. Nehmen Sie als Beispiel die EU. Strebt ein Land die Mitgliedschaft an, muss sie sich an die Regeln der EU, den *aquis communautaire*, anpassen. Selbstverständlich ändert sich mit einer Erweiterung auch die Union selbst, aber die Veränderungsanforderungen an die neuen Mitglieder sind um ein vielfaches stärker. Denn das ist ja das Versprechen der EU: Teil zu sein einer demokratischen, offenen und wirtschaftlich prosperierenden Staatengemeinschaft. Diese einseitige Anpassung kam für Russland, welches sich stets als Großmacht mit eigenem Gestaltungsanspruch betrachtet, nicht in Frage. Einen Beitritt Russlands zur NATO oder zur EU hätte immer auch eine fundamentale Veränderung dieser Organisationen bedeutet, die angesichts von wachsendem Autoritarismus und Korruption in Russland kaum akzeptabel gewesen wäre.

Selbstverständlich gab es Versuche, Brücken zu bauen: die OSZE, der Europarat, der NATO-Russland-Rat, die Vier Gemeinsamen Räume zwischen Russland und EU, die Modernisierungspartnerschaft, die Meseberg Initiative. Die Liste ließe sich fortsetzen, und Sie sehen, an Ideen und Versuchen hat es nicht gemangelt. Keine dieser Initiativen konnte jedoch die Unterschiede und fundamentalen Konflikte überbrücken.

An den Grenzen dieser Integrationsblöcke bildete sich eine Grauzone heraus, u. a. in der Ukraine, Moldau und dem Kaukasus. Sie verschwanden zusehends in einem Niemandsland. Die Folge für diese Länder war ein enormes Defizit an Sicherheit, vor allem aber die schier unlösbare Aufgabe, beide politischen Modelle zu vereinen: das korrupte System Russlands und die Antikorruptionsanforderungen der EU, die europäischen Grundrechte und russische Repressionen, demokratischer Pluralismus und autoritäre Prinzipien. Diese Inkompatibilität machte es für die Länder der Grauzone zu einer Entweder-oder Entscheidung, entweder EU oder Eurasische Wirtschaftsunion, entweder OVKS oder NATO.

Sie legte letztlich den Grundstein für das sich zuspitzende Sicherheitsdilemma: Die russische Aggression, in Georgien, der Ukraine, Moldau stärkte den Drang dieser Staaten zur Mitgliedschaft in westlichen Organisationen, erschien diese doch als einzig echter

Schutz. Die NATO und die EU wiederum fanden keine gemeinsame Position. Man rang sich nicht zu einer Erweiterung durch und beließ die Länder in der Grauzone. Stattdessen bot man Solidaritätsbekundungen und Zusammenarbeit an. Diese empfand man in Moskau als Provokation.

Dieses Sicherheitsdilemma ist jedoch kein allein militärisches Problem, sondern es ist zutiefst politisch. So hat sich die Maidanrevolution 2013/2014 eben nicht an der Frage einer NATO-Mitgliedschaft – die zum damaligen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig war in der Ukraine – entzündet, sondern am Assoziierungsabkommen mit der EU.

Auf der systemischen – also zwischenstaatlichen – Ebene sehen wir damit zwei Integrationsblöcke mit nicht zu vereinbarenden Funktionsweisen, aber auch Politikprinzipien. Es hat sich zwischen ihnen ein zunehmend kompetitives und schließlich antagonistisches Verhältnis entwickelt.

Die Frage ist nun aber, warum haben sich die unterschiedlichen Räume als Konkurrenz wahrgenommen, gibt es doch zahlreiche Beispiele von Ländern, die friedlich miteinander auskommen, auch wenn sie lange Grenzen und eine komplizierte Geschichte teilen. Warum nehmen sich manche Staaten als Konkurrenz, gar als feindlich wahr? Dazu müssen wir die Black Box der Staaten öffnen und auf die subsystemische und individuelle Ebene schauen. Erlauben Sie mir, hier insbesondere einen Blick auf Russland zu werfen.

Die subsystemische Ebene stellt die Frage nach der inneren Beschaffenheit eines Staats: Welches politische System hat dieser? Welche Interessengruppen bestimmen die Außen- und Innenpolitik? Russland wird von einem autoritären System bestimmt: Es gibt somit keine funktionierende Gewaltenteilung, keinen oder nur einen eingeschränkten Pluralismus in der Politik und mangelnde oder keine Freiheitsrechte. Autoritäre Systeme sind von Repression – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße – geprägt. Kann Russland in den 1990er Jahren noch als Staat in der Transformation – also am Übergang vom autoritären zum demokratischen System – bezeichnet werden, hat das Land seit 2000 einen stetigen Weg der Autokratisierung beschritten. Sprich: Russland ist heute von weniger Freiheit, weniger Gewaltenteilung, weniger Rechtsstaatlichkeit geprägt als noch vor 20 oder 30 Jahren.

Stattdessen errichtete Putin die sogenannten Vertikale der Macht, also die Unterordnung aller staatlichen Bereiche unter die Exekutive. Gerichte sprechen damit nicht zwingend Recht in Russland, sondern setzen Machtansprüche um. Wahlen dienen nicht dem potentiellen Machtwechsel, sondern der Legitimitätsproduktion für die bereits be-

stehenden Machthaber. Es fehlt an Kontrolle der Macht und derer, die sie ausüben. Nicht nur institutionell, auch inhaltlich. Karriere in einem solchen System basiert nicht auf Expertise, sondern Loyalität. Die Kombination aus beidem kann zu einem selbstverstärkenden Prozess und fatalen Fehleinschätzungen führen.

Lassen Sie mich das erklären. Wir können heute davon ausgehen, dass die Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine in einem sehr kleinen Kreis um Putin herum getroffen wurde: Verteidigungsminister Shoigu, Chef des Sicherheitsrats Patrushev, sowie der Chef des FSB Bortnikov. Alle von ihnen haben Karriere auf Grund ihrer unbedingten Loyalität gemacht, nicht auf Grund von Widerworten oder guten Argumenten. Sie sind unkritische und willige Umsetzer der Wünsche Putins.

Sie alle haben ihre jeweiligen Organisationen angewiesen, die Invasion vorzubereiten, und hier sehen wir, wie sich dieses fatale System fortsetzt. Die zuständigen Abteilungen des FSB haben Berichte geliefert, in denen der ukrainische Widerstand als gering eingeschätzt, dafür aber behauptet wurde, die Ukrainer*innen würden die russische Armee mit offenen Armen begrüßen. Das Verteidigungsministerium hat Invasionspläne vorgelegt, die nicht nur auf veralteten Infos über die Ukraine basierten, sondern auch den miserablen Zustand von Teilen der russischen Armee verschweigen. Wer möchte schon Bote schlechter Nachrichten sein?

Die Eliten wissen, dass ein Gutteil des Geldes, welches zur Modernisierung der Armee gedacht war, in korrupten Netzwerken versickert ist, ist es doch in ihren eigenen Taschen gelandet. Das wird jedoch nicht ausgesprochen. Russland ist ein Land geworden, in dem zwei Wahrheiten existieren – die faktische und die offizielle.

Welche Faktoren sind also ausschlaggebend für die Entscheidung zum Krieg mit Blick auf die subsystemische – also innenpolitische – Ebene? Es ist das Fehlen jeglicher Möglichkeiten für inhaltliche und institutionelle Kontrolle. Russland hat sich dem Gewinn- und Machtstreben einzelner untergeordnet.

Wir wissen nun, aus welcher systemischen – sprich außenpolitischen – Konkurrenzsituation heraus die Entscheidung zum Krieg getroffen und warum sie innerhalb Russlands nicht in Frage gestellt wurde. Aber was genau hat Putin dazu bewogen, diese Entscheidung zu treffen und knapp 200.000 Soldaten in die Ukraine zu senden? Warum ist die Ukraine so wichtig? Und warum war Krieg aus seiner Sicht das Mittel der Wahl? Dazu müssen wir auf der individuellen Ebene die Werte und Weltbilder der regierenden Eliten betrachten.

Die Machteliten in Russland sind wie in allen autoritären Systemen in unterschiedlichen Gruppen organisiert. Sie konkurrieren um Ressourcen und um die Aufmerksamkeit des Machtzentrums. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat sich jedoch eine Gruppe als besonders machtvoll und deren Weltbild als besonders wirkmächtig erwiesen: die Siloviki, also Personen aus den Sicherheitsapparaten Russlands. Sie eint ein besonderer Blick auf die Welt: die Nostalgie nach der Glorie des russischen und sowjetischen Imperiums, eine Nullsummenlogik, in der Gewinner immer Verlierer produzieren, persönliche und historisch aufgeladene Ermächtigungsfantasien, toxische Männlichkeitsideale, Gewalt sowie das Recht des Stärkeren. Matthew Owens beschreibt dies so:

“Der Krieg stellt den endgültigen Triumph eines älteren Russlands über ein junges dar, von paranoiden sowjetisch gesinnten Verschwörungstheoretikern über eine Generation postsowjetischer, postmoderner pragmatischer Kapitalisten. Der Krieg hatte es Putin, Patruschew, Bortnikow und den anderen ermöglicht, einen Traum zu verwirklichen, den viele alte Männer anstreben, aber nur sehr wenige erreichen – eine Zukunft zu schaffen, die eine idealisierte Version ihrer eigenen Vergangenheit widerspiegelt.“

Die Ukraine ist integraler Bestandteil dieser rückwärtsgewandten Zukunft, ohne sie ist das russische Imperium nur eine schlechte Kopie alter Größe. Was wäre der russische Großmachtsanspruch noch wert, wenn die Ukraine, die doch wirtschaftlich, politisch und kulturell so eng mit Russland verbunden ist, einen anderen Weg für sich wählt?

Putin teilt das Weltbild der Siloviki. Dass genau diese Personen, genau dieses Weltbild Russland regieren, ist jedoch keine Anomalie. Vielmehr ist es die logische Konsequenz aus einer Gesellschaft, die die imperiale Idee von Gewalt, Herrschaft und Unterwerfung teilt. Lassen Sie uns dazu einen genaueren Blick auf den russischen Staat, die russische Gesellschaft und ihr Verhältnis zu Gewalt und Unterwerfung riskieren. Es ist aus meiner Sicht sehr aufschlussreich.

Gewalt ist in Russland an der Tagesordnung, sie durchdringt das Land. Der Staat selbst übt massive Gewalt gegenüber seinen Bürger*innen aus: Polizeikräfte prügeln Protestierende nieder, in Polizeigewahrsam haben Folter und Misshandlung System, ebenso wie in der Armee. Die Brigade, die für ihre Greuelthaten in Botscha geehrt wurde, ist in ihrer Heimat Khabarovsk berüchtigt für Selbstmorde und die Flucht von sowie die Misshandlungen an Rekruten. Häftlinge werden in russischen Gefängnissen und Straflagern der Verwahrlosung überlassen, nicht selten werden sie gequält mit Schlägen und Elektroschocks. Ihr Tod wird hingenommen und einkalkuliert, in manchen Fällen, wie dem Navalnys ist er das Ziel. Regelmäßig gibt es auch in russischen Medien Berichte darüber, es ändert sich jedoch nichts.

Auch die Gesellschaft ist gewalttätig: Schüler*innen erfahren durch ihre Lehrer*innen Erniedrigung, und Gewalt ist in vielen Familien an der Tagesordnung. Sie gilt als Bagatelle. „Wenn er schlägt, dann liebt er“, ist ein geflügeltes Wort in Russland. 2017 wurde häusliche Gewalt in Russland von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit heruntergestuft. In Russland können Sie also für umgerechnet rund 300 € Ihre Frau verprügeln. Oder Ihr Kind. Etwa alle 40 Minuten stirbt in Russland eine Frau durch häusliche Gewalt, in Deutschland sind es knapp alle drei Tage. Nun mögen Sie fragen, was hat das eine mit dem anderen zu tun? Die ukrainische Journalistin Yulia Mostavaya hat es sehr treffend erklärt:

„Ein Mann mag seine Frau schlagen. Er mag sich betrunken unter einem Zaun suhlen. Aber was auch immer seine persönlichen Unzulänglichkeiten sein mögen, er weiß, dass das Schicksal ihm nichts von seinem Russischsein, seiner Zugehörigkeit zu einer mächtigen Nation nehmen kann.“

Russland hat nie funktionierende Mechanismen zur Gewaltbegrenzung entwickelt, weder staatlich noch gesellschaftlich. Die Gnadenlosigkeit, die den Menschen in Russland entgegengebracht wird, trifft in noch härterer Weise die Menschen in Syrien oder der Ukraine. Sergey Medvedev, ein russischer Politikwissenschaftler hat dafür ein treffendes Bild gefunden:

„Tatsächlich war Putins gesamte Amtszeit, von den Explosionen in den Wohnblocks im Jahr 1999 über die Olympischen Winterspiele in Sotschi, die Annexion der Krim und die Verfassungsänderung im Jahr 2020, eine einzige endlose ‚Sonderoperation‘, die nun auch über die Grenzen Russlands hinausgeht.“

Welche Gründe finden sich damit auf der dritten – der individuellen – Ebene für den russischen Krieg? Es ist das Weltbild der Machteliten aus rückwärtsgewandten Großmachtfantasien, ein Wertesystem, dass Gewalt nicht be-, sondern entgrenzt und eine Bevölkerung, die Opfer und Täter*innen zugleich ist.

Diese Realität Russlands wurde in Deutschland zu lange übersehen. Es regierte das Prinzip Hoffnung: Mit den richtigen Kontakten, den richtigen Gesprächskanälen und ausreichend Zeit werde Russland seinen Weg in ein demokratisches, ein freies Europa finden, so dachte man. Warum haben wir die autoritäre und repressive Politik nach innen und die imperialen und gewalthafte Politik nach außen so lange ignoriert? Die Warnzeichen – Tschetschenien, Georgien, Krim und Donbass, Syrien – waren deutlich. Sie flimmerten über unsere Nachrichtenbildschirme. Auch darauf gibt es eine Vielzahl von Antworten, von denen ich exemplarisch einige herausgreifen möchte.

Lassen Sie mich dazu zunächst ein paar Worte zur Ostpolitik sagen, die über die Parteien hinweg das Leitbild deutscher Mittelost- und Osteuropapolitik war. In ihrem Ursprung, in den frühen 70er Jahren, war sie eine Politik des Konfliktmanagements zwischen Staaten. Sie sollte einen neuen Krieg durch gegenseitige Annäherung und Verflechtung verhindern. Die Brandtsche Ostpolitik hat viele Verdienste: Entspannung, mehr Austausch, die Anerkennung von Grenzen in Mittel- und Osteuropa, die eine Aussöhnung mit den dortigen Staaten erst ermöglichte. Und nicht zuletzt – exemplarisch durch den Kniefall Brandts – die Anerkennung der deutschen Schuld für die Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Es gibt jedoch zwei grundlegende Missverständnisse zur Ostpolitik:

1.

Sie war immer eine zwischenstaatliche Politik, die die politischen Realitäten in den Staaten zumindest mittelfristig hinnahm. Das war die Bedingung für einen Dialog mit der sowjetischen Führung. Aber es war auch die Ursache dafür, dass Zivilgesellschaften als Akteure nicht ernst genommen wurden, dass man staatliche Akteure als einzige Ansprechpartner*innen betrachtete. Bürgerrechtsbewegungen wie die Solidarnosc störten da eher. Als diese in Polen verboten und das Kriegsrecht verhängt wurde, betrachtete Egon Bahr, einer der Architekten der Ostpolitik, dies als Beitrag zum Frieden, fürchtete er doch eine Destabilisierung des Ostblocks und damit eine erhöhte Kriegsgefahr durch die Freiheitsbewegung. Diese Geringschätzung gegenüber nicht-staatlichen Bewegungen setzte sich nach dem Ende des Kalten Kriegs fort. Als Träger von Veränderungen wurden staatliche Strukturen betrachtet, weniger zivilgesellschaftliche. Demokratisierungsprozesse vollziehen sich jedoch meist von unten nach oben und nicht andersherum.

2.

Die Bedeutung der Ostpolitik für den Zerfall der Sowjetunion wurde und wird überschätzt. Stellen wir uns einmal vor, sie fragen einen Deutschen, einen Amerikaner und eine UdSSR-Bürgerin, warum die UdSSR zerfiel. Sie bekommen – etwas vereinfacht gesagt – wahrscheinlich drei unterschiedliche Antworten: Der Deutsche wird Ihnen wahrscheinlich etwas von Wandel durch Handel und der Ostpolitik erzählen und in Zusammenhang damit vielleicht auch ein wenig von Perestroika und Glasnost. Der Amerikaner wiederum erzählt eine Geschichte des Wettrüstens unter US-Präsident Reagan, dem die UdSSR nicht mehr standhalten konnte. Fragen Sie eine Osteuropäerin, wird sie Ihnen noch eine andere Antwort geben und Ihnen von verkrusteten politischen Strukturen, den Zentrifugalkräften der Sowjetrepubliken und dem Machtkampf zwischen konservativen und reformerischen Kräften berichten. Wieder ist keine der Erklärungen falsch, aber die letzte ist doch die ausschlaggebende. Die Wahrheit ist, dass der tatsächliche Beitrag der deutschen Ostpolitik zum Zerfall der Sowjetunion begrenzt war, eben weil das oberste Ziel nicht das Ende des Sowjetimperiums war, sondern die Erhaltung des Friedens in

Europa. Mit der deutschen Ostpolitik hätte das sowjetische Moskau noch lange sehr gut leben können. In der Rezeption der deutschen Ostpolitik hat sich diese Erkenntnis nie durchgesetzt.

Das Prinzip der Verflechtung ist letztlich nicht nur daran gescheitert, in Russland Veränderungen zu stärken, es ist auch darin gescheitert, diesen Krieg zu verhindern. Die Hebel, die es uns an die Hand gegeben haben, sind nicht wirkmächtig genug in einem Land, in dem die Elite bereit ist, alles dem eigenen Machterhalt unterzuordnen: Menschenleben, wirtschaftliche Perspektiven, Freiheit. Stattdessen hat es uns selbst angreifbar gemacht, denn Interdependenz wirkt immer in beide Richtungen. Wir alle haben es gespürt, nicht nur an den Energienotfallplänen, den hitzigen gesellschaftlichen Debatten, sondern auch der Inflation. Der Blick auf die Strom- und Gasrechnung hat Außenpolitik direkt an unsere Küchentische gebracht. Und ernüchert hat er auch.

Es gibt noch einen weiteren Konstruktionsfehler deutscher Osteuropapolitik, und er betrifft unseren Blick auf diese Region: Politik für und mit Osteuropa wurde stets über Moskau gemacht, nicht nur vor, sondern auch nach dem Ende des Kalten Kriegs. Russland war der wichtigste politische Partner, der größte Handelspartner und Ort kultureller Sehnsucht. Die anderen Länder der Region spielten lediglich eine untergeordnete Rolle. Deutschland hat den imperialen Blick Moskaus auf die Peripherie übernommen. Dies führte zu einer Reihe von Fehleinschätzungen und Schiefen: Die historische Schuld Deutschlands wurde einseitig auf Russland übertragen und die Opfer anderer Nachbarstaaten vernachlässigt. Ihre Souveränität und Nation wurden auch von uns geringgeschätzt und als nicht gleichwertig zur russischen betrachtet.

Ich nehme mich selbst von einem russlandzentrierten Blick nicht aus: Ich habe russisch gelernt und habe in Russland gelebt. Nicht in Kyiv oder Minsk. Und vor 2022 habe ich auf der Suche nach Ursachen für die russische Aggression in der Ukraine oder Georgien vor allem auf Wirtschaftsdaten und militärische Fragen geblickt. Den russischen Imperialismus habe ich vor allem als Kitt, als Anstrich betrachtet und seine Wirkmächtigkeit unterschätzt. Ich habe versucht, den Großmachtanspruch Russlands mit Daten zu rationalisieren. Ich hatte gehofft, dass Ermächtigungsfantasien und Vorstellungen historischer Größe heute nicht mehr Hunderttausende töten. Aber, auch das müssen wir nun schmerzlich lernen, das Prinzip Hoffnung ist selten Ausgangspunkt guter Politik.

Diese Fehler gilt es nun zu korrigieren. Europa trägt Verantwortung für diesen Krieg und für die Zukunft des eigenen Kontinents. Das sage ich in der Überzeugung, dass nicht nur die Ukraine Teil Europas ist, sondern auch Russland und Belarus. Was also können

wir tun? Nur zu gerne würde ich Ihnen ein Patentrezept in 10 Punkten präsentieren, aber das gibt es nicht. Jede politische Entscheidung, die Deutschland trifft, ist eine Abwägung aus Risiken und Chancen. Ein erster Schritt aus meiner Sicht ist, sich die politische Realität Deutschlands, Russlands und der Ukraine ehrlich vor Augen zu führen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Lassen Sie uns den imperialen Blick Moskaus ablegen und Osteuropa in seiner Vielfalt betrachten. Das heißt, die Menschen dort, ihre Traditionen, Sprachen, Nationen ernstzunehmen und als das anzuerkennen, was sie sind: Teil der europäischen Familie mit einem Recht auf Selbstbestimmung und Frieden. Schauen wir nicht nur nach Paris, London und Moskau, sondern auch nach Lviv, Chisinau und Brest.

Lassen Sie uns den Blick schärfen für die innenpolitischen und gesellschaftlichen Realitäten. Für die Spuren, die Gewalt, Autoritarismus und Repression hinterlassen. Und für die Zusammenhänge zwischen Gewalt nach innen und außen. Nur so können wir die Grundlage bilden für eine Außenpolitik, die neben den Zwängen auch die Chance in den Blick nimmt.

Lassen Sie uns Verantwortung übernehmen für die Zukunft und die Sicherheit dieses Kontinents und der Realität ins Auge blicken. Wir sehen nicht nur Kriege an den Rändern Europas. Diese Gewalt erschüttert auch unsere Sicherheit massiv. Frieden ist nicht umsonst und erfordert harte Entscheidungen.

Die Ukraine steht am Scheideweg. Sie kann über Jahre hinweg im Krieg versinken, zurückfallen in autoritäre Muster und Korruption. Ihr steht aber auch eine Zukunft in der EU offen, als freiheitliche Demokratie mit der Chance auf wirtschaftliche Entwicklung. Diese EU-Perspektive war vor nur wenig mehr als zwei Jahren noch undenkbar. Hier zeigt sich, dass Kriege unermessliches Leid bringen, aber nicht selten auch Katalysatoren gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen sind. Deutschland wurde vor 70 bzw. 30 Jahren diese Chance gewährt. Ich bin überzeugt, dass die Ukraine sie auch verdient. Wir müssen diesen Moment nur zu nutzen wissen.

So groß heute unser Einfluss auf die Ukraine ist, so gering ist er auf Russland. So gering wohl, wie seit mehr als 30 Jahren nicht mehr. Wir haben kaum Instrumente politischen oder gesellschaftlichen Einflusses. Viele Kontakte sind abgebrochen oder verharren an der Oberfläche: Eine echte Gesprächsbereitschaft auf staatlicher Seite Russlands ist bis heute nicht zu erkennen. Die Bedingungen, die gestellt werden, kommen einer Kapitulation Kyivs und der europäischen Sicherheitsordnung gleich. Und für diejenigen

Teile der Politik und Gesellschaft, die die offizielle russische Sicht nicht teilen, sind Gespräche darüber und Kontakte mit uns ein hohes persönliches Risiko. Der größte Hebel, der uns bleibt, ist der Ausgang des Kriegs gegen die Ukraine. Das Bestehen einer stabilen, demokratischen und freien Ukraine setzt dem russischen Imperialismus und der Gewalt Grenzen.

DRESDNER REDEN 1992 – 2024

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow –
Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

2014

Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

2015

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

2016

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

2017

Ilija Trojanow – Lukas Bärfuss – Eva Illouz – Matthias Platzeck

2018

Richard Sennett – Norbert Lammert – Dunja Hayali – Eugen Ruge

2019

Doris Dörrie – Karola Wille – Robert Menasse – Ian Kershaw

2020

Ulrich Wickert – Hartmut Rosa – Marion Ackermann – Miriam Meckel

2021

Jenny Erpenbeck – Sven Plöger – Franz Müntefering – Aleida Assmann

2022

Clemens Meyer – Klaus Töpfer – Svenja Flaßpöhler – Mithu Sanyal

2023

Florian Illies – Kübra Gümüşay – Anders Levermann – Christoph Butterwegge – Alena Buyx

2024

Sarah Pagung – Katja Riemann – Andrea Petković – Jean Asselborn

IMPRESSUM

Spielzeit 2023/2024

HERAUSGEBER Staatsschauspiel Dresden

INTENDANT Joachim Klement KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER Wolfgang Rothe

GRAFISCHE GESTALTUNG Andrea Dextor

TEXTNACHWEISE Alle Rechte liegen bei den Redner*innen.

GENDERHINWEIS

Diese Publikation verwendet geschlechtergerechte Sprache als Ausdruck der Vielfalt aller Individuen. Sollten einzelne Begriffe nicht geschlechtergerecht differenziert sein, ist dies im Kontext zu betrachten. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Menschen.

Das Staatsschauspiel Dresden ist Mitglied
der European Theatre Convention.



01.2024